



Niederschrift zur 9. öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen

Sitzungstermin: Montag, den 30.08.2021
Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr
Sitzungsende: 22:08 Uhr
Ort, Raum: **Sporthalle Dabendorf, Jägerstraße 13, 15806 Zossen, GT Dabendorf**

Anwesend sind:

Stadtverordnete(r)

Herr Thomas Blanke
Herr Stefan Christ
Herr Thomas Czesky
Herr Detlef Gurczik
Herr Markus Herrmann
Herr Peter Hummer
Herr René Just
Herr Detlef Klucke
Frau Janine Küchenmeister
Herr Hermann Kühnapfel
Herr Edgar Leisten
Frau Martina Leisten
Herr Norbert Magasch
Herr Olaf Manthey
Herr Marko Njammasch
Herr Carsten Preuß
Herr Sven Reimer
Herr Alexander Rümpel
Herr Reinhard Schulz
Herr Steffen Sloty
Herr Rolf von Lützwow
Herr Matthias Wilke
Herr Wolf-Dieter Wollgramm
Herr Rainer Zurawski

online der Sitzung zugeschaltet

online der Sitzung zugeschaltet

Bürgermeisterin

Frau Wiebke Schwarzweller

Protokollantin

Frau Miriam Heinrich

Frau Carolin Peidelstein

Es fehlen:

Stadtverordnete(r)

Herr Wilfried Käthe
Herr Torsten Kniesigk
Herr Max Reimann

entschuldigt

entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung

4. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 22.06.2021
5. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 23.06.2021
6. Bericht aus der Verwaltung
7. Einwohnerfragestunde
8. Anfragen und Mitteilungen der Stadtverordnetenversammlung
9. Beschlussvorlagen
- 9.1. Antrag der Stadt Zossen auf die zukünftige dauerhafte Aufgabenwahrnehmung der straßenverkehrsrechtlichen Zuständigkeiten der StEG Kommunen
Vorlage: 101/21
- 9.2. Aufnahme von Verhandlungen über den Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung nach §§ 5-9 GKGBbg
Vorlage: 103/21

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung

Die Sitzung wird durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Herrn Kühnapfel, um 18:37 Uhr eröffnet.

zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Kühnapfel stellt fest, dass von den 27 Stadtverordneten (zuzüglich Frau Schwarzweiler) 25 anwesend sind. Die Sitzung ist somit beschlussfähig. Herr Reimer und Herr Rümpel sind der Sitzung online zugeschaltet.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Herr Klucke bestätigt, dass er die Einladung fristgerecht erhalten habe, der Beschluss aus dem nichtöffentlichen Teil ihm jedoch nicht zugegangen sei.

Herr Leisten weist darauf hin, dass es bei Tagesordnungspunkt 11 „.....**nicht**öffentlichen....“ heißen muss.

Herr Kühnapfel dankt für den Hinweis und bittet alle anwesenden dies auf ihren Einladungen zu korrigieren.

Abstimmung: 22 / 3 / 0

Herr Kühnapfel informiert die Anwesenden darüber, dass ihm ein Schreiben von Herrn Blanke vorliege, mit welchem dieser seinen Austritt aus der Fraktion Plan B – offene Liste sowie seines Ausschusssitzes für die Fraktion im Ausschuss RSO erkläre.

zu 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 22.06.2021

Es liegen keine Einwendungen gegen die oben genannte Niederschrift vor. Die Niederschrift gilt damit als angenommen.

zu 5 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 23.06.2021

Es liegen keine Einwendungen gegen die oben genannte Niederschrift vor. Die Niederschrift gilt damit als angenommen.

zu 6 Bericht aus der Verwaltung

- kein Bericht

zu 7 Einwohnerfragestunde

Bürger 1; Vorstand MSV Zossen 07 e.V.:

1. Erfolgt durch die Stadt Zossen für das Jahr 2019 noch eine Rechnungslegung für die Nutzung der Hallen und Plätze an den MSV Zossen 07 e.V.?
Wenn ja, bitten wir um die sehr zeitnahe Übersendung einer prüfaren Rechnung. Wenn nein, würden wir die Rückstellung auflösen und die freien Mittel satzungsgemäß einer zeitnahen Verwendung zuführen.
2. Was steht einer Nutzung der Kegelbahn und Gastronomiefläche im Mehrzweckgebäude durch unseren Sportverein noch im Wege?

3. Erfolgt der Aufschluss und Verschluss der Räume für die sportliche Nutzung des Mehrzweckgebäudes wie bei den Sporthallen auch weiterhin ausschließlich durch die Hallenwarte?
4. Ist beabsichtigt, den noch fehlenden Naturrasenplatz im Sportforum zeitnah zu errichten und dann den Sportplatz Dabendorf, vergleichbar dem ehemaligen Sportplatz Zossen, einer Nachnutzung zur Refinanzierung der Herstellungskosten des Sportforums zuzuführen? Falls nein, bedarf es der zeitnahen grundhaften Instandsetzung bzw. Erneuerung des auf dem Sportplatz Dabendorf befindlichen Sportcasinos. Der als Provisorium aus gebrauchten Horchseecontainern errichtete Funktionsbau entspricht nicht mehr den geltenden gesetzlichen Anforderungen und ist nach mehr als 30 Jahren an seinem Nutzungsende angekommen.
5. Wir bitten Sie dringend das Sportstättenentwicklungskonzept von 2010 einer Prüfung bzw. Fortschreibung zuzuführen.

Frau Schwarzweller:

Was die Rechnungslegung 2019 anteilig 2020 und 2021 betrifft, sollten wir das in einem gemeinsamen Termin erörtern.

Es ist nicht Absicht der Verwaltung, den Sportplatz in der Goethestraße für eine Bebauung zuzulassen.

Frau Schwarzweller bedankt sich bei dem Bürger, dass es zu einem sehr guten Gespräch gekommen ist. Die Nutzung des Sportplatzes an der Goethestraße für die Kleinsten wurde besprochen. Es stehe außer Frage, dass der MSV ein eigenes Vereinsgebäude benötige. Zur Mitnutzung der Umkleidekabinen im Mehrzweckgebäude werde man eine Lösung finden. Die zukünftige Nutzung des Mehrzweckgebäudes müsse in den Ausschüssen besprochen werden. Es stelle sich die Frage, ob das Gebäude öffentlich gewidmet werden sollte. Dann können auch Fahnen, Banner und Bilder ausgestellt werden, sodass sich alle Vereine heimisch fühlen. Eine Diskussion dazu wird in den nächsten Ausschüssen erfolgen. Es handelt sich um eine Entscheidung, die nicht von der Bürgermeisterin alleine getroffen werden kann, sondern durch die Stadtverordnetenversammlung erfolgen muss.

Bürgerin 3:

Gibt es ein neues Angebot der Berliner Adler für die Hauptnutzung/Nutzung bzw. den Kauf des Mehrzweckgebäudes? Kennen Sie Vorstandsmitglieder der Berliner Adler, sodass über diesen persönlichen Kontakt Verhandlungen zustande gekommen sind? Wurden Sie (Frau Schwarzweller) im Wahlkampf persönlich gesponsert von diesen Herren?

Herr Kühnapfel fordert die Bürgerin 3 nachdrücklich auf, sich zu setzen, da sie unverschämt sei und rät der Verwaltung nicht zu antworten!

zu 8

Anfragen und Mitteilungen der Stadtverordnetenversammlung

Herr Hummer:

Die neue Gesamtschule Dabendorf wurde 2 x eröffnet. Die 1. Veranstaltung mit der Schulbau Dabendorf GmbH und Hemsö war super. Die 2. Veranstaltung war ein Desaster. Wer war dafür verantwortlich? Das war peinlich für die Stadt Zossen.

Frau Schwarzweller:

Die Einladungen wurden verschickt. Die Stadt hat die Kosten für die 2. Feierlichkeit komplett alleine getragen, es stand dafür nur ein geringes Budget zur Verfügung. Die Schulbau Dabendorf GmbH hatte zuvor zugesagt, die Kosten für die Einweihung der Schule zu übernehmen. Da Vertreter von Hemsö am Samstag nicht konnten, kam es zu der Einweihung am Donnerstag und der 2. am Samstag. Leider wurden die Schüler nicht zu der Party am Samstag eingeladen. Es war geplant, dass sich die Stadtverordneten unter den Schülern bewegen und sich miteinander bekannt machen. Wir lernen aus den Fehlern, die bei der Planung der Veranstaltung gemacht wurden.

Herr Blanke:

Die Ereignisse in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause haben in ihm so viel ausgelöst und verursacht, dass er seine politische Bestimmung überdacht habe. Er sei nicht einverstanden mit dem gewesen, was an den Tagen des 22. und 23. Juni passiert sei. Er sei immer an Recht und Ordnung gebunden. Der Schritt, die Fraktion Plan B – offene Liste zu verlassen, war außerdem vom Arzt empfohlen worden. Er kündige jetzt schon an, die Sitzung vor Beginn des öffentlichen Teils zu verlassen. Er habe zu Tagesordnungspunkt 14 erhebliche Bedenken und Einwendungen und fühle sich nicht berufen, an diesem Tagesordnungspunkt teilzunehmen. Wenn auf Unterlagen der Verwaltung „Geheimnis“ oder „Nichtöffentlich“ drauf steht, habe man sich nicht anzumaßen, selbst zu entscheiden, dass dieses öffentlich wird.

Herr Reimer:

Er habe eine Nachfrage zu den Ausführungen des Präsidenten des MSV 07: Wie viel Prozent der Mitglieder des Sportvereins haben ihren Wohnsitz in der Stadt Zossen?

Frau Leisten:

Unsere Fraktion war geschlossen anwesend bei der Eröffnung der neuen Gesamtschule. Warum wurden die Bildungsministerin, der Schulrat und der Ministerpräsident nicht eingeladen? Warum wurde Frau Schreiber als ehem. Bürgermeisterin erst nach Zwischenrufen aus dem Publikum begrüßt? Warum wurde der Fraktion verwehrt, das Banner „Danke für Nichts“ aufzuhängen? Frau Leisten kritisiert die Durchführung der Schuleinweihung und äußert die Meinung, dass es zumindest eine öffentliche Entschuldigung hätte geben müssen, wenn etwas so in die Hose gehe.

Frau Schwarzweller:

Der Ministerpräsident war eingeladen, hat sich jedoch mit einem anderen Termin entschuldigt. Die Ministerin war ebenso eingeladen, aber nicht anwesend. Sie schickte jedoch ein Schreiben an die Verwaltung. Die Einladung der Schüler war Aufgabe des Schulleiters. Dieser sei weiterhin ein verlässlicher Partner für die Stadt. Man habe mit einer weiteren finanziellen Unterstützung für die Durchführung der Eröffnungsfeierlichkeit gerechnet.

Herr Schulz:

In Kallinchen gebe es ein Problem, welches sofort behoben werden müsse. Es gibt eine Bushaltestelle außerhalb der geschlossenen Ortschaft in der Ringstraße. Dort darf der Verkehr mit 70 km/h fahren. Es gibt keinen Geh- und Radweg, sodass die Kinder auf der Straße laufen müssen, um zu dieser Bushaltestelle zu gelangen. In der vergangenen Woche sei man nur sehr knapp an einem schweren Unfall vorbeigeschrammt.

Frau Schwarzweller:

Wir werden noch in dieser Woche einen Termin finden und uns die Situation vor Ort ansehen.

Herr Wollgramm bittet darum, dem Präsidenten des MSV 07 die Gelegenheit zu geben, auf die Frage des Herrn Reimer zu antworten.

Herr Just:

Könnten Sie uns bitte das Sportstättenentwicklungskonzept aus 2010 zur Verfügung stellen?

Der Radweg von Mittenwalde/Telz hat schwere Schäden. Es ist mittlerweile zu mehrfachen Unfällen von Fahrradfahrern gekommen. Bitte leiten Sie diese Mitteilung an den Zuständigen weiter. Die Gefahrenstellen sollten gekennzeichnet werden.

Frau Küchenmeister:

Das Thema der Einweihung sollte besprochen werden. Wer ist mit der Veranstaltungsplanung beauftragt? Gibt es Verhandlungen mit den Berliner Adlern? Hat der Verein versucht mit uns zu sprechen? Zum nächsten SJBS sind alle Betroffenen eingeladen. Es müsse besprochen werden, wie wir dem MSV eine Zukunftsperspektive geben.

Frau Schwarzweller:

Wir werden das in den Ausschüssen KTUE und SJBS diskutieren. Wir werden entscheiden, ob das Mehrzweckgebäude öffentlich gewidmet werden soll und somit allen Vereinen zur Verfügung steht. Die Fragen zu den Berliner Adlern sie absolut verneinen.

Um 19:29 Uhr verlässt Herr Gurczik den Saal. Es sind noch 24 Stadtverordnete anwesend.

Dem Präsidenten des MSV 07 wird zur Beantwortung der Frage des Herrn Reimer das Wort erteilt. Dieser gibt zu Protokoll, dass er diese Frage gerne schriftlich beantworten möchte.

Herr Kühnapfel verkündet die Unterbrechung der Sitzung für eine kurze Pause um 19:32 Uhr. Er führt die Sitzung ab 19:47 Uhr fort.

zu 9 **Beschlussvorlagen**

zu 9.1 **Antrag der Stadt Zossen auf die zukünftige dauerhafte Aufgabenwahrnehmung der straßenverkehrsrechtlichen Zuständigkeiten der StEG Kommunen**
Vorlage: 101/21

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der zukünftigen dauerhaften Übertragung derjenigen straßenverkehrsrechtlicher Zuständigkeiten zu, die die Stadt Zossen bis zum 01.09.2021 im Rahmen der „StEG Erprobungskommune“ wahrgenommen hat. Die Stadtverordneten befürworten den seitens der Stadtverwaltung hierzu beim Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung gestellten Antrag.

zu 9.2 **Aufnahme von Verhandlungen über den Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung nach §§ 5-9 GKGBbg**
Vorlage: 103/21

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

- 1. Die Hauptverwaltungsbeamtin wird berechtigt und verpflichtet mit dem Landkreis Teltow-Fläming in Verhandlungen über den Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung nach §§ 5-9 GKGBbg einzutreten.*
- 2. Gegenstand dieser Verhandlungen ist insbesondere die Übertragung straßenverkehrsrechtlicher Zuständigkeiten, die die Stadt Zossen bis zum 01.09.2021 als StEG Erprobungskommune wahrgenommen hat.*
- 3. Ergeben sich im Laufe der Vertragsverhandlungen weitere Verhandlungsgegenstände darf die Hauptverwaltungsbeamtin auch hierzu Gespräche führen. Die Hauptverwaltungsbeamtin setzt die Stadtverordneten im Rahmen des Berichtes aus der Verwaltung über die Erweiterung der Verhandlungsgegenstände unverzüglich in Kenntnis.*
- 4. Die Hauptverwaltungsbeamtin legt der Stadtverordnetenversammlung die ausgehandelte öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Beschlussfassung vor.*

Die Beschlussvorlage 101/21 und 103/21 werden von den Stadtverordneten gemeinsam beraten.

Ab 19:49 Uhr nimmt Herr Gurczik wieder an der Sitzung teil. Es sind 25 Stadtverordnete anwesend.

Frau Küchenmeister beantragt die Verweisung der Beschlussvorlage Nr. 103/21 zur weiteren Beratung in den nächsten RSO.

Frau Schwarzweller besteht als Einreicherin der Beschlussvorlage auf die heutige Abstimmung, ist jedoch mit der Erarbeitung des Maßnahmenkataloges, welcher mit dem Landkreis verhandelt werden soll, im RSO einverstanden.

Herr Reimer stellt im Namen der Fraktion CDU einen Antrag auf namentliche Abstimmung. Herr Kühnapfel weist darauf hin, dass kurz vor der Sitzung ein schriftlicher Antrag auf namentliche Abstimmung seitens der Fraktion Plan B-offene Liste vorgelegt wurde.

Herr Czesky beantragt die Ergänzung der BV-Nr. 103/21 in Ziff. 2: „... und die Ergänzung der Ausschüsse“ und äußert den Wunsch, dass über den Beschluss Nr. 101/21 abgestimmt wird, um diesen ggf. ablehnen zu können.

Herr Kühnapfel schließt die Rednerliste und bittet zunächst um namentliche Abstimmung zum Beschluss Nr. 101/21

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der zukünftigen dauerhaften Übertragung derjenigen straßenverkehrsrechtlicher Zuständigkeiten zu, die die Stadt Zossen bis zum 01.09.2021 im Rahmen der „StEG Erprobungskommune“ wahrgenommen hat. Die Stadtverordneten befürworten den seitens der Stadtverwaltung hierzu beim Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung gestellten Antrag.

	JA	NEIN	Ent.		JA	NEIN	Ent.
Herr Blanke	X			Her Magasch		X	
Herr Christ	X			Herr Manthey	X		
Herr Czesky		X		Herr Njammasch	X		
Herr Gurczik		X		Herr Preuß		X	
Herr Herrmann	X			Herr Reimer		X	
Herr Hummer		X		Herr Rümpel		X	
Herr Just		X		Herr Schulz		X	
Herr Käthe				Frau Schwarzweller			X
Herr Klucke	X			Herr Sloty			X
Frau Küchenmeister		X		Herr von Lützow	X		
Herr Kühnapfel		X		Herr Wilke	X		
Herr Leisten		X		Herr Wollgramm		X	
Frau Leisten		X		Herr Zurawski		X	

Abstimmungsergebnis: 8 / 15 / 2

Der Beschluss wurde damit mehrheitlich abgelehnt.

Im Folgenden bittet Herr Kühnapfel um Abstimmung der Beschlussvorlage Nr. 103/21 mit den beantragten Ergänzungen/Änderungen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. Die Hauptverwaltungsbeamtin wird berechtigt und verpflichtet mit dem Landkreis Teltow-Fläming in Verhandlungen über den Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung nach §§ 5-9 GKGBbg einzutreten.
2. ~~Gegenstand dieser Verhandlungen ist insbesondere die Übertragung straßenverkehrsrechtlicher Zuständigkeiten, die die Stadt Zossen bis zum 01.09.2021 als StEG Erprobungskommune wahrgenommen hat.~~ Ein Anforderungskatalog über die mit dem Landkreis Teltow-Fläming zu führenden Verhandlungen über die Übertragung straßenverkehrsrechtlicher Zuständigkeiten wird im Ausschuss für Recht, Sicherheit und Ordnung erarbeitet.
3. ~~Ergeben sich im Laufe der Vertragsverhandlungen weitere Verhandlungsgegenstände darf die Hauptverwaltungsbeamtin auch hierzu Gespräche führen. Die Hauptverwaltungsbeamtin setzt die Stadtverordneten im Rahmen des Berichtes aus der Verwaltung über die Erweiterung der Verhandlungsgegenstände unverzüglich in Kenntnis.~~
4. Die Hauptverwaltungsbeamtin legt der Stadtverordnetenversammlung die ausgehandelte öffentlich-rechtliche Vereinbarung **nach Beratung in den Ausschüssen** zur Beschlussfassung vor.

	JA	NEIN	Ent.		JA	NEIN	Ent.
Herr Blanke	X			Her Magasch	X		
Herr Christ	X			Herr Manthey	X		
Herr Czesky	X			Herr Njammasch	X		
Herr Gurczik	X			Herr Preuß	X		
Herr Herrmann	X			Herr Reimer	X		
Herr Hummer		X		Herr Rümpel	X		

Herr Just	X			Herr Schulz	X		
Herr Käthe				Frau Schwarzweller	X		
Herr Klucke	X			Herr Sloty	X		
Frau Küchenmeister	X			Herr von Lützow	X		
Herr Kühnapfel	X			Herr Wilke	X		
Herr Leisten	X			Herr Wollgramm	X		
Frau Leisten	X			Herr Zurawski	X		

Abstimmungsergebnis: 24 / 1 / 0

Der Beschluss wurde damit mehrheitlich gefasst.

Herr Kühnapfel schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:43 Uhr. Herr Blanke verlässt die Sitzung.

Hermann Kühnapfel
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Miriam Heinrich
Protokollantin
(01.09.2021)

Um 21 Uhr wird die Stadtverordnetenversammlung nach Herstellung der Nichtöffentlichkeit fortgesetzt.